



Presseschau vom 24.07.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Thomas Röper (anti-spiegel.ru, 16.7.): **Hinweise auf US-Biowaffenprogramm: Die „Zeit“ entfernt eine interessante Passage aus einem Artikel**

Die "Zeit" hat am 10. Juli einen sehr langen Artikel über ukrainische Soldaten veröffentlicht, die in Deutschland behandelt werden. Eine interessante Passage wurde aber wieder aus dem Artikel entfernt. ...

<https://www.anti-spiegel.ru/2022/die-zeit-entfernt-eine-interessante-passage-aus-einem-artikel/>

Igor Karaulow: **Es lebe die Ural-Republik – Russland soll nach dem Vorbild der UdSSR zerstückelt werden**

Der Westen will schon lange viele Teile Russlands so behandeln, wie er die Ukraine behandelt hat. Aber nicht nur Russland könnte auf diese Weise "dekolonalisiert" werden. In vielen westlichen Ländern wären ähnliche Teilungen möglich. ...

<https://kurz.rt.com/338i> bzw. [hier](#)

Darja Wolkowa, Aljona Sadoroschnaja: **Wo wird die russische Armee in den nächsten Tagen zuschlagen? – Eine Analyse**

Sergei Schoigu hat die russischen Truppen in der Ukraine angewiesen, ihre Offensivaktivitäten zu verstärken. Es scheint, dass die Truppen nach der Befreiung des LVR-Gebiets eine neue Großoffensive starten werden. In welche Richtung wird sie sich entwickeln? ...

<https://kurz.rt.com/339v> bzw. [hier](#)

de.rt.com: **Wie US-Spezialkräfte Deutschland zur Kriegspartei im Ukraine-Krieg machen**

Laut Medienberichten haben die USA mit der Verlegung ihrer militärischen Spezialeinheiten von Stuttgart ins rheinland-pfälzische Baumholder begonnen. Hier soll ein Zentrum für US-Spezialkräfte in Europa unter Beteiligung der CIA entstehen. Doch ist dieses vielleicht schon längst aktiv? ...

<https://kurz.rt.com/3381> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: **Zwei Grüne auf dem Kriegspfad – nach innen wie nach außen**

Wer hätte das gedacht, als sie noch auf dem Rasen des Bonner Hofgartens saßen und "Das weiche Wasser bricht den Stein" trällerten ... Was heute bei den Grünen zum Vorschein kommt, ist alles andere als friedlich. ...

<https://kurz.rt.com/33a5> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

21:35 de.rt.com: **Russische Einheiten zerstören eine US-Haubitze bei Sewersk**

Wie der Telegram-Kanal „Donbass reschajet“ [berichtet](#), haben russische Artilleristen eine 155-mm-US-Haubitze bei [Sewersk](#) im Donbass zerstört.

Die ukrainischen Streitkräfte verwenden Geschütze dieses Kalibers, um Städte in den Volksrepubliken Donezk und Lugansk zu [beschießen](#).

Zuvor hatte der russische Verteidigungsminister Sergeo Schoigu [angeordnet](#), die Angriffe auf die vom Westen an die Ukraine gelieferten Langstreckenartilleriesysteme zu verstärken.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/hQq_7Zi3uDC4QL8Fk1I8vjM2mgQoJ3iL1GwCiU1MYh7m7U-FTpgLKhdQut4pb7YqUkOkIBMDIkps_V3JI9g4zP3bCXkc3j422Bq80HcSeTCH_3U2yJfnPCZvsktmhe4t_2oTJrUaMZC8UVUv_l4s4c5ZRFnzqJ8QN5NF-WjWPnRc3rnXM_ADcygLDNOsiUtDcQwOcyHMuCZFqVG4Ujmm2tibSO_Hk85PVI9qqHoCKxQ3Z8EwFF3tj2gEszN52xQiPr2hAvuLpexIQXcvV4-haN_IITwGS_ZzcF50-T9U2VAhjvkejstQFTBkOJ5izg0LwQAeSRyh8JyaVzpO27Cc3w.jpg

22:05 de.rt.com: **Nach Ausstieg aus russischem Markt: Levi's-Geschäft unter neuem Markennamen wiedereröffnet**

Produkte der amerikanischen Marke Levi Strauss & Co., die Russland Ende Mai verlassen hatte, sind in der russischen Hauptstadt wieder erhältlich – und zwar unter dem bisher unbekannten Label JNS.

Im Mai hatte der amerikanische Bekleidungshersteller Levi Strauss & Co. seine Entscheidung bekannt gegeben, den russischen Markt nach 29 Jahren endgültig zu verlassen. Das Unternehmen hatte erklärt, dass es die Auslieferung von Waren gestoppt habe und nach Käufern für das Einzelhandelsgeschäft suche.

Zuvor hatte die Firmenzentrale des Unternehmens erklärt, dass dieses aufgrund der russischen Militäroperation in der Ukraine seine kommerziellen Aktivitäten und jegliche Investitionen in Russland aussetzen werde. Der Vorstandsvorsitzende von Levi Strauss & Co., Chip Bergh, hatte damals gegenüber der Financial Times gesagt, dass das Unternehmen keine Pläne habe, im Jahr 2022 in Russland wieder zu öffnen.

Nun hat ein Geschäft des Bekleidungsherstellers im Moskauer Einkaufszentrum Aviapark unter der Marke JNS wiedereröffnet, teilte die Marketingabteilung von JNS gegenüber der Nachrichtenagentur RIA Real Estate mit. Das Unternehmen erklärte:

"Das Levi's-Geschäft im Aviapark-Einkaufszentrum wurde vollständig von unserem Unternehmen aufgekauft – es hat jetzt eine andere Rechtsform und heißt Sport Point LLC. Es wird unter der Marke JNS firmieren und das Sortiment und die Ausstattung beibehalten. Wir werden die Lieferungen selbst durchführen."

Der Gesprächspartner der Agentur gab weiter an, dass das Unternehmen kein Ein-Marken-Betreiber sein werde, sondern plane, in Zukunft Geschäfte aufzukaufen und sie in Mehr-Marken-Geschäfte umzuwandeln. In der ersten Phase handle es sich dabei noch um Levi's-Geschäfte.

22:15 de.rt.com: **Zentrum und Stadtteile von Donezk unter ukrainischem Beschuss mit**

Brandmunition?

Im Telegram-Kanal „Tipitschnyj Donezk“ sind am heutigen Abend etliche Video-Clips und Fotos [veröffentlicht](#) worden, die den Beschuss des Stadtzentrums und einiger Stadtteile von Donezk mit Brandmunition zu zeigen scheinen. Möglicherweise handelt es sich dabei um weißen Phosphor, der von den ukrainischen Truppen verwendet wird.

22:40 de.rt.com: Ukrainische Einheiten setzten Beschuss von Gorlowka fort – mit NATO-Waffen

Der Telegram-Kanal „Donbass reschajet“ [meldet](#) auch den fortgesetzten Beschuss von Gorlowka.

„Die ukrainischen Streitkräfte setzen den Beschuss der Stadt fort, eine Tankstelle steht in Flammen.“

Die [Angriffe](#) der ukrainischen Seite auf Gorlowka erfolgten mit Geschützen und Mörsern des NATO-Kalibers.

vormittags:

6:45 de.rt.com: Arktis und Geopolitik: Erstmals seit 25 Jahren wird die internationale Kooperation erschwert

Die derzeitige weltweite geopolitische Krise wirkt sich auch auf internationale Projekte in der Arktis aus – zum ersten Mal seit einem Vierteljahrhundert. Dies ist die Auffassung von Experten aus Russland, Finnland, Indien und China, die diese Woche im Rahmen der "Arctic Sessions" miteinander diskutierten.

Der Runde Tisch zum Thema "Arktischer Rat: Szenarien für die Zukunft der internationalen Plattform" fand am 20. Juli statt. Vertreter der internationalen Arktis-Expertengemeinschaft aus Finnland, China, Indien und Russland nahmen an der Diskussion teil. Es war die erste Veranstaltung im Rahmen der "Arctic Sessions", einer Reihe von Expertengesprächen am Runden Tisch. Und die erste Veranstaltung, die vor dem Hintergrund einer schweren geopolitischen Krise stattfindet, die auch Projekte in der Arktis beeinträchtigt.

"In der Tat ist es in der Arktis zu einem sogenannten Security-Spillover gekommen, wenn ein Problem, ein Konflikt oder ein Ereignis, das außerhalb der geografischen Grenzen der Region liegt, negative Auswirkungen auf lokaler Ebene hat", sagte Nikolai Kortschunow, Großbotschafter des russischen Außenministeriums und Vorsitzender des Ausschusses hoher arktischer Beamter des Arktischen Rates. Dies sei das erste Mal in den 25 Jahren, in denen der Rat tätig sei, betonte er.

In der derzeitigen Situation ist es schwierig geworden, sowohl die Sicherheit der arktischen Projekte zu gewährleisten als auch Vertrauen zwischen den internationalen Projektteilnehmern aufzubauen.

"Die Zukunft des Arktischen Rates hängt von seinen Mitgliedsstaaten ab", glaubt Kortschunow – und davon, welche Lösungen zur "Sicherung ihrer Interessen" sie in der Arktis verfolgen würden.

Nikolai Doronin, der Vorstandsvorsitzende des Projektbüros für die Entwicklung der Arktis, ist der Ansicht, dass Russland trotz des Sanktionsdrucks und der durch die aktuelle geopolitische Situation verursachten Schwierigkeiten in der Lage sein wird, seine arktischen Projekte weiterzuentwickeln:

"Russland wird es natürlich schwer haben ohne die Technologie von ausländischen Herstellern – vor allem aus dem Westen. Aber die Russen leben seit mehr als 500 Jahren in den arktischen Gebieten, und sie werden nicht weggehen. Wir wissen, wie man dort lebt, wie man sich anpasst, wie man seine Gebiete entwickelt."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62dbce1e48fbef09b26385aa.jpg>

7:00 de.rt.com: US-Regierung macht Russland für Beschuss von Odessa verantwortlich

Die US-Regierung hat Russland für den jüngsten Beschuss der ukrainischen Hafenstadt Odessa verantwortlich gemacht und den Angriff auf das Schärfste verurteilt. Nur einen Tag nach der Vereinbarung über ukrainische Getreideexporte über das Schwarze Meer habe Russland seine Verpflichtungen gebrochen, [teilte](#) US-Außenminister Antony Blinken am Samstag mit. Dieser Angriff lasse ernste Zweifel an der Glaubwürdigkeit des russischen Engagements für den Getreide-Deal aufkommen.

Blinken kritisierte, der Beschuss untergrabe die Arbeit der Vereinten Nationen, der Türkei und der Ukraine, um wichtige Nahrungsmittel auf die Weltmärkte zu bringen. Moskau habe der Vereinbarung zur Ausfuhr von Getreide zugestimmt und stehe nun in der Pflicht, sie vollständig umzusetzen.

Nach Angaben des türkischen Verteidigungsministers Hulusi Akar hat Russland erklärt, es habe nichts mit diesem Angriff zu tun und wolle seinerseits den Vorfall untersuchen. Eine offizielle russische Reaktion lag zunächst nicht vor.

Nach dem am Freitag unterzeichneten Abkommen verpflichtet sich Russland, Schiffe für den Getreideexport über einen Seekorridor fahren zu lassen und nicht zu beschießen. Auch die drei beteiligten Häfen dürfen nicht angegriffen werden. Die unter der Vermittlung der Vereinten Nationen und der Türkei unterzeichnete Einigung sieht vor, die Exporte von einem Kontrollzentrum in Istanbul überwachen zu lassen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62dccfb2b480cc3e0a5edea5.jpg>

Hafen von Odessa, 23. August 2019

8:04 de.rt.com: Russland liefert mehr als 47.000 Tonnen Hilfsgüter an Donbass und Ukraine

Der Leiter des Nationalen Zentrums für Verteidigungsmanagement der Russischen Föderation Generaloberst Michail Misinzew hat auf seinem Pressebriefing am Samstagabend mitgeteilt, dass Menschen aus den gefährlichen Zonen in der Ukraine und den Donbass-Republiken weiterhin nach Russland evakuiert würden. Allein in den vergangenen 24 Stunden seien ohne Unterstützung seitens der Kiewer Behörden 27.207 Menschen, darunter 4.138 Kinder, in Sicherheit gebracht worden. Misinzew zufolge seien seit dem Beginn der Sonderoperation am 24. Februar insgesamt 2.795.965 Menschen, darunter 444.018 Minderjährige, nach Russland evakuiert worden. Russlandweit gebe es mehr als 9.500 Unterkunftseinrichtungen für Flüchtlinge aus der Ukraine und den Donbass-Republiken.

Der hochrangige Militär berichtete auch über fünf humanitäre Aktionen jüngst in den Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie in den Gebieten Charkow und Cherson. Dabei seien dort am Samstag etwa 294 Tonnen Lebensmittel und Güter des täglichen Bedarfs an die Bevölkerung verteilt worden. Seit dem 2. März 2022 habe Russland knapp 47.185 Tonnen humanitäre Hilfe an die Ukraine geliefert.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62dcd34748fbef09c549797c.jpg>

Einwohner von Mariupol bekommen humanitäre Hilfe. 27. Juni 2022

9:30 (8:30) novorosinform.org: **Der russische Angriff im Hafen von Odessa hat das Getreideabkommen nicht verletzt – UN-Beamter**

Der Raketenangriff auf Ziele in der Hafenstadt Odessa habe das Abkommen über den Export ukrainischen Getreides nicht verletzt. Das teilte ein UN-Vertreter laut „New York Times“ mit. Die Zeitung zitiert einen namentlich nicht genannten UN-Beamten, der ukrainische und westliche Medienvorwürfe in Frage stellt, Russland habe gegen das Abkommen zum Export von Getreide aus der Ukraine verstoßen.

Die Quelle sagte, dass Russland technisch gesehen vermutlich nicht gegen das Abkommen über den Export von ukrainischem Getreide verstoßen hat, da Moskau sich nicht verpflichtet habe, von Angriffen gegen die maritime Infrastruktur abzusehen.

Der UN-Vertreter stellte fest, dass sich Russland "nicht verpflichtet hat, Angriffe auf jene Teile der ukrainischen Häfen zu vermeiden, die nicht direkt für Getreideexporte genutzt werden".



https://novorosinform.org/content/images/94/36/49436_720x405.jpg

8:37 de.rt.com: **Ukrainische Vizeministerin: 5.000 Soldatinnen kämpfen für Ukraine an der Front**

Nach Angaben der ukrainischen Vizeverteidigungsministerin Anna Maljar dienen in der ukrainischen Armee mehr als 50.000 Frauen. Mehr als 5.000 von ihnen seien derzeit an der Front, sagte die Politikerin bei einem internationalen Gipfel der First Ladies und Gentlemen in Kiew am Samstag. Von den 50.000 Frauen im ukrainischen Militär dienten insgesamt 38.000 als Soldatinnen, die übrigen würden zivilen Aufgaben nachgehen.

Gastgeberin des Gipfels, der am 150. Tag des Ukraine-Kriegs stattfand, war die First Lady der Ukraine, Jelena Selenskaja. Bei dem Treffen wurden mehr als 3,2 Millionen US-Dollar als Spenden für den Kauf von Rettungsfahrzeugen gesammelt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62dcd6d5b480cc62aa7d35bb.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 24.7.2022**
Bei Gefechten mit Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

- 30 Mann;
- 2 Artilleriegeschütze;
- 3 Schützenpanzerwagen;
- 7 Fahrzeuge.

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt

Objekte der zivilen Infrastruktur von Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

Seit Beginn des heutigen Tages haben die bewaffneten Formationen der Ukraine Krasnyj Lutsch mit amerikanischen Mehrfachraketenwerfern M142 HIMARS beschossen und 6 Raketen abgefeuert.

Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR entminen weiter das Territorium der Republik.

So haben Pioniere der Volksmiliz der LVR gestern mehr als 15 Hektar Territorium von explosiven Objekten, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Podlesnoje und Loskutowka zurückgelassen wurden, gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner der befreiten Territorien der Republik fort.

Vertreter der Volksfront haben mit Unterstützung der Volksmiliz der LVR humanitäre Hilfe und Baumaterialien nach Rubeshnoje sowie Lebensmittelpakete für bedürftige Einwohner von Wesjoloje im Bezirk Starobelsk geliefert.

9:08 de.rt.com: **Militärisch-zivile Verwaltung plädiert für ständige Präsenz der russischen Armee im Gebiet Saporoschje**

Die militärisch-zivile Verwaltung des Gebiets Saporoschje spricht sich für eine ständige Stationierung der russischen Armee in der Region aus. Wladimir Rogow, Mitglied des Hauptrates der militärisch-zivilen Verwaltung, erklärte im Gespräch mit der russischen Nachrichtenagentur RIA Nowosti, dass eine ständige Präsenz der russischen Streitkräfte eine Sicherheitsgarantie für das Gebiet Saporoschje sei und mögliche Aggressionen aus dem Ausland und Terroranschläge ukrainischer Nationalisten verhindern werde. Rogow zufolge könne diese Möglichkeit aber erst nach einem Referendum über den Beitritt von Saporoschje zu Russland detaillierter erörtert werden.

"Russland lässt sein Territorium nicht im Stich und zieht nicht seine Truppen zurück.

Deswegen sind wir uns sicher, dass dies auch in der Region Saporoschje, die ein Gebiet im Bestand der Russischen Föderation werden will, der Fall sein wird."

Inzwischen kontrolliert Russland ungefähr 70 Prozent des Gebiets Saporoschje. Die gleichnamige Hauptstadt des Gebiets befindet sich bislang noch unter der Kontrolle der ukrainischen Armee. Der Sitz der militärisch-zivilen Verwaltung ist deswegen in der Stadt Melitopol.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62dcdcaab480cc3e553813c1.jpg>

Bahnhof von Melitopol, 21. Juni 2022

9:14 de.rt.com: **Ungarn verlangt, dass die EU beim russischen Gas mit sich ins Reine**

kommt

Der ungarische Außenminister Péter Szijjártó äußerte sich zum Standpunkt Ungarns, dass Energiesicherheit nicht auf Basis einer ideologischen Haltung betrachtet werden sollte und dass die EU ihre Bürger aufrichtig über die im kommenden Winter zu erwartende Situation aufklären muss.

Die Europäische Union muss die Realität der Gaslieferungen aus Russland aufgrund von Fakten behandeln, anstatt diese durch die Brille eines Dogmas zu betrachten, warnte der ungarische Außenminister Péter Szijjártó.

"Es ist erwiesen, dass der Import von Erdgas kein ideologisches Problem ist, sondern ein physisches, das nicht einfach durch einen Dialog gelöst werden kann",

teilte Szijjártó Journalisten am vergangenen Freitag nach seiner Reise nach Moskau mit.

Als Reaktion auf die Ende Februar von Russland begonnene Militäroperation in der Ukraine hat die Europäische Union alle Mitgliedstaaten aufgefordert, ihre Abhängigkeit von russischem Gas zu reduzieren.

Deutschland löste vergangene Woche erneute eine "Alarmstufe" in seinem "Notfallplan Gas" aus, während die Europäische Kommission die Mitgliedstaaten dazu aufforderte, den Gasverbrauch vom kommenden August bis Ende März des nächsten Jahres um 15 Prozent zu reduzieren. Budapest hat jedoch angekündigt, weitere 700 Millionen Kubikmeter Gas aus Moskau zu importieren, um sicherzustellen, dass das Land über genügend Reserven für den Winter verfügt. Laut Szijjártó können die erforderlichen Mengen nur aus Russland bezogen werden.

Szijjártó fragte rhetorisch in die Runde:

"Ich will ehrlich sein: Ich habe in den letzten Monaten von führenden Politikern in Westeuropa gehört, dass man alles unter Kontrolle gebracht habe. Man habe alternative Quellen gefunden, das Gas von woanders bezogen und sich so von der Abhängigkeit von Russland befreit. Warum also die Alarmstufe?"

"Aber bald kommt die Heizperiode, und die Politiker müssten spätestens dann bekannt geben, ob Gas vorhanden ist oder nicht", fügte er hinzu und betonte, dass Politiker der Öffentlichkeit die Wahrheit über die Energieversorgung "nicht verschweigen dürfen".

Der russische Staatskonzern Gazprom hatte am vergangenen Donnerstag die Gaslieferungen nach Deutschland durch die Ostseepipeline Nord Stream 1 nach einer zehntägigen Wartungspause wieder aufgenommen. In Westeuropa machte sich die Befürchtung breit, dass Moskau die Gasversorgung komplett einstellen könnte. Offizielle Stellen in Deutschland hatten zuvor davor gewarnt, dass ein sofortiger Stopp der Gaslieferungen aus Russland der deutschen Wirtschaft schweren Schaden zufügen würde.

Ungarn hingegen stellt sich auf die Position, dass die EU sich auf die Interessen ihrer Bürger konzentrieren sollte, anstatt sich zunehmend in den Konflikt zwischen Russland und der Ukraine einzumischen. Ministerpräsident Viktor Orbán tätigte kürzlich die Bemerkung, dass Brüssel sich mit der Verhängung von Sanktionen gegen Moskau "nicht in den eigenen Fuß, sondern in die eigene Lunge geschossen" habe und jetzt langsam daran erstickt.

Der Druck aus Ungarn und aus mehreren anderen Mitgliedstaaten führte dazu, dass die EU diese Länder von einem im März angekündigten Embargo gegen russisches Öl ausnahm.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62dcf15948fbef07ed07c300.jpg>

9:31 de.rt.com: **Volksrepublik Donezk meldet 46 Angriffe aus Ukraine binnen 24 Stunden**

Die Behörden in Donezk haben innerhalb der letzten 24 Stunden 41 Angriffe durch ukrainische Truppen registriert. Demnach wurden auf das Territorium der Volksrepublik mindestens 344 Geschosse abgefeuert. Dabei setzte das ukrainische Militär Raketen vom Typ Grad sowie Geschosse im Kaliber 155, 152, 122 und 120 Millimeter ein. Unter Beschuss gerieten zwölf Wohngebiete, darunter Donezk.

Bei den Angriffen in der Zeitspanne von 6:00 Uhr am 22. Juli bis 6:00 Uhr am 23. Juli wurde ein friedlicher Einwohner von Donezk getötet. Weitere drei Zivilisten erlitten Verletzungen. Insgesamt wurden bei den Attacken 15 Wohnhäuser und 11 zivile Infrastrukture Objekte in Donezk und Gorlowka beschädigt.

Am Vortag hatten die Behörden von Donezk über 41 Angriffe aus der Ukraine berichtet.

Dabei wurden sieben Zivilisten verletzt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62dce40848fbef0b076d1801.jpg>

Folgen von Beschuss in Donezk, 22. Juni 2022

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 24.7.22 um 10:30 Uhr

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR **344 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155mm, 152mm und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **12 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss **starb ein Zivilist und 3, darunter ein Jugendlicher, geb. 2005, wurden verletzt.** 15 Wohnhäuser und 11 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt. Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: ein Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“. Eine Feuerstellung des Gegners im Gebiet von Krasnogorowka wurde beseitigt.

10:00 de.rt.com: **Russlands Außenamtssprecherin Sacharowa kommentiert Angriff auf Hafen in Odessa**

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, hat am Sonntagmorgen auf Telegram den russischen Angriff auf den Hafen von Odessa kommentiert. Auf den Vorwurf des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij, es handele sich um eine krasse russische Barbarei und die russischen Kalibr-Raketen hätten Russland politisch bloßgestellt, antwortete die Diplomatin:

"Die Kalibr-Raketen zerstörten ein Objekt der Militärinfrastruktur des Hafens von Odessa, indem sie mit einem hochpräzisen Schlag einen ukrainischen Militärkutter an die Lieblingsadresse des Kiewer Regimes schickten."

Russland hatte sich am Freitag in dem sogenannten Getreide-Deal verpflichtet, Schiffe für die Getreideausfuhr aus der Ukraine über einen Seekorridor fahren zu lassen und die drei beteiligten Häfen nicht anzugreifen. Die Vereinbarung wurde mit Russland und der Ukraine unter der Vermittlung der Vereinten Nationen und der Türkei geschlossen. Einen Tag nach der Unterzeichnung meldeten die ukrainischen Behörden einen russischen Angriff auf den Hafen von Odessa. Eine Stellungnahme des russischen Verteidigungsministeriums liegt zunächst nicht vor.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62dcfc90b480cc397b1292a2.jpg>

10:30 de.rt.com: **Militärisch-zivile Verwaltung von Kachowka meldet erneuten ukrainischen Angriff auf Wasserkraftwerk**

Der Chef der militärisch-zivilen Verwaltung des Bezirks Kachowka im Gebiet Cherson, Wladimir Leontjew, hat über einen erneuten Angriff der ukrainischen Armee auf das Gelände um das Wasserkraftwerk Kachowka berichtet. Es gebe zwar keine Verletzten. Beschädigt worden sei aber eine Brücke, die entlang dem Damm des Wasserkraftwerks verläuft.

"Sie schlugen auf das Gelände um das Wasserkraftwerk ein. Sie schlugen auf die Brücke und die Straßen ein. Das war ein Beschuss der zivilen Infrastruktur."

Das Wasserkraftwerk sei zwar weiterhin im Betrieb, wie lange es das noch sein könne, lasse sich angesichts der aggressiven Handlungen der Ukraine nicht sagen, erklärte Leontjew. Dem Verwaltungschef zufolge habe es sich um einen Angriff mit US-amerikanischen Mehrfachraketenwerfern vom Typ HIMARS gehandelt.

Bereits am Samstag hatten die örtlichen Behörden über einen ukrainischen Angriff auf das Gelände um das Wasserkraftwerk Kachowka berichtet. Auch dabei kam bereits es zu Schäden an einer Brücke.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62dcf52748fbef0a953e075b.jpg>

Russische Armeeangehörige vor einem Gebäude des Wasserkraftwerks Kachowka im Gebiet Cherson, 20. Mai 2022

11:34 de.rt.com: **Terrorwarnstufe "Gelb" im russischen Grenzgebiet Kursk wieder um zwei Wochen verlängert**

Der Gouverneur des russischen Gebiets Kursk, Roman Starowoit, hat am Sonntag auf Telegram mitgeteilt, dass die Terrorwarnstufe "Gelb" in der Region um weitere zwei Wochen verlängert werde. Die Sicherheitsvorkehrung solle nun mindestens bis zum 8. August gelten. "Die Situation an der Grenze lässt uns nicht lockerer werden: Die Angriffe vonseiten der Ukraine dauern an."

Er habe daher zusammen mit den Sicherheitsbehörden die Entscheidung getroffen, die erstmals am 14. April verhängte Maßnahme zu verlängern, schrieb Starowoit.

Der Politiker bedankte sich bei seinen Landsleuten für ihre Wachsamkeit und rief die Einwohner auf, verdächtige Personen, herrenlose Gegenstände oder Drohnen am Himmel sofort bei der Polizei anzuzeigen.

Auch die Behörden des Gebiets Belgorod verlängerten am Sonntag die Terrorwarnstufe "Gelb" bis zum 8. August.

nachmittags:

12:02 de.rt.com: **Irans Präsident zu Macron: Westliche Interventionen in der Region sorgen für Chaos und Unsicherheit**

Der iranische Präsident Raisi sagte in einem Telefongespräch zu Macron, ohne den Sicherheitsbeitrag Irans in der Region zur Bekämpfung des Terrorismus hätte die IS-Terrorgruppe heute längst ein "Kalifat" in Europa ausgerufen. Macron hatte zuvor gegenüber seinem iranischen Amtskollegen seine Enttäuschung über mangelnde Fortschritte bei den Gesprächen über Atomdeal von 2015 ausgedrückt.

Der französische Präsident Emmanuel Macron führte am Samstag ein längeres

Telefongespräch mit seinem iranischen Amtskollegen Ebrahim Raisi, in dem es in erster Linie um die Bemühungen zur Wiederbelebung des Atomabkommens JCPOA mit der Islamischen Republik Iran ging. Das Telefongespräch dauerte fast zwei Stunden und folgte auf das strategisch bedeutsame Treffen zwischen dem russischen Präsident Putin und dem Staatsoberhaupt Irans Ali Chamenei Anfang dieser Woche.

Nach Angaben des Büros von Macron drückte der französische Staatschef "unverblümt" seine "Enttäuschung" über den Mangel an Fortschritten bei der Wiederbelebung des Atomdeals aus und bestand gegenüber Präsident Raisi darauf, dass die Rückkehr zu dem Atomabkommen nun "eine klare Entscheidung" brauche. Ein Deal sei "noch möglich", müsse aber "so bald wie möglich" erfolgen, fügte Macron hinzu.

Der iranische Präsident kritisierte seinerseits die vier westlichen Unterzeichner des Atomdeals von 2015 – die Vereinigten Staaten von Amerika, das Vereinigte Königreich, Deutschland und Frankreich – für deren unkonstruktive Haltung und fehlende Maßnahmen. Raisi unterstrich, eine Rückkehr zum Atomdeal sei dann möglich, wenn die westlichen Großmächte gültige Garantien abgeben, "dass sie sich an Verpflichtungen des neuen möglichen Abkommens halten und die wirtschaftlichen Interessen Irans gewahrt bleiben".

Der Staatsoberhaupt Irans Chamenei betonte seinerzeit, dass Iran erst dann zu seinen Verpflichtungen im Rahmen des JCPOA zurückkehren werde, wenn das Land feststellen könne, dass die Sanktionen nicht nur in Worten, sondern in der Tat aufgehoben worden seien. Iran hat beginnend 2019 schrittweise die Einhaltung der eigenen Verpflichtungen aus dem Abkommen für sein Atomprogramm – als Reaktion auf den Rückzug der USA aus dem Deal im Jahr 2018 und die damit verbundene Wiedereinführung von US-Sanktionen – rückgängig gemacht.

Raisi verurteilte die nicht konstruktiven Aktionen und Positionen der USA und der EU, verwies auf die jüngste Resolution des IAEA-Gouverneursrates gegen Iran und nannte den Schritt eine provokative Aktion mit dem Ziel, Druck gegen die iranische Nation auszuüben, was das gegenseitige politische Vertrauen weiter untergrabe. Anfang Juni hatte Gouverneursrat der IAEA Iran in einer Resolution angeblich mangelnde Kooperation vorgeworfen. Das Außenministerium in Teheran bezeichnete seinerzeit die Resolution als "hastig" und "unausgewogen". Als Reaktion gab Iran die Abschaltung von 27 IAEA-Kameras zur Überwachung iranischer Nuklearanlagen bekannt und kündigte die Inbetriebnahme neuer Zentrifugen zur Urananreicherung an.

Raisi wies an anderer Stelle darauf hin, dass ohne die sicherheitsbewahrende Rolle der Islamischen Republik Iran in der Region – insbesondere beim Kampf gegen den Terrorismus und bei der Unterstützung der territorialen Integrität und nationalen Souveränität anderer Staaten (wie Syrien) in der Region – der IS heute womöglich schon ein "Kalifat" in Europa ausgerufen hätte. Raisi betonte, dass die Lösung der Probleme der Region allein in den Händen der Nationen und Regierungen der Region liege und dass Interventionen von westlichen Staaten gegen Sicherheit und Stabilität in Nahost wirken würden.

Macron unterstrich seinerseits, Frankreich unterstütze die Position Irans, sich gegen die Militäroperationen einiger Länder in der Region gegen Syrien zu stellen. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan dagegen liebäugelt bekanntlich längst mit einer vierten Invasion der türkischen Armee in Nordsyrien.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62dcfb2bb480cc3fc6760ae6.jpg>

12:11 de.rt.com: **Ukrainisches Außenministerium wirft Viktor Orbán russische Propaganda vor**

Der Sprecher des ukrainischen Außenministeriums, Oleg Nikolenko, hat die jüngsten Forderungen des ungarischen Regierungschefs Viktor Orbán nach einer neuen EU-Strategie im Ukraine-Krieg scharf kritisiert. Dem Diplomaten zufolge seien einige Äußerungen Orbáns vom "Muster der russischen Propaganda". Nikolenko schrieb am Samstag auf Facebook unter anderem, die Sanktionen gegen Russland seien entgegen den Behauptungen des ungarischen Ministerpräsidenten doch wirksam. Die negativen Auswirkungen auf die Wirtschaft in Europa seien dagegen eine Folge des hybriden Krieges der russischen Regierung.

Darüber hinaus teilte der ukrainische Außenamtssprecher mit, dass die westlichen Waffenlieferungen in der Ukraine Leben retteten. Der russische Präsident Wladimir Putin werde nicht Halt machen, bis er die europäische Ordnung mit ihren demokratischen Werten zerstört haben werde. Nikolenko dankte den europäischen Partnern der Ukraine für ihre unverrückbare Position und zeigte sich sicher, dass die Ukraine Russland besiegen werde. Am Samstag hatte Orbán bei einem Besuch in Rumänien erklärt, die bisherigen Maßnahmen gegen Russland würden nicht wirken. Seiner Ansicht nach müsse eine neue Strategie Friedensgespräche statt eines Sieges über Russland zum Ziel haben. Die Regierung in Kiew werde den Krieg niemals gewinnen, weil die russische Armee eine "asymmetrische" Überlegenheit habe. Orbán kritisierte den Westen auch dafür, im Vorfeld des Krieges die Sicherheitsansprüche Russlands ignoriert zu haben.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62dd106348fbef0cfe2477e7.jpg>

12:33 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium bestätigt Angriff auf Hafen in Odessa: Kriegsschiff und Lager für Harpoon-Raketen zerstört**

Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums Generalleutnant Igor Konaschenkow hat auf seinem täglichen Briefing am Sonntagnachmittag über russische Präzisionsschläge

gegen mehrere Militärobjekte in der Ukraine berichtet. So sei auf dem Militärflughafen Kanatowo im Gebiet Kirowograd ukrainische Luftfahrttechnik zerstört worden. Ferner berichtete der Ministeriumssprecher über einen Angriff auf den Seehafen von Odessa, bei dem ein ukrainisches Kriegsschiff und ein Lager mit US-amerikanischen Seezielflugkörpern vom Typ Harpoon getroffen worden seien. Außerdem sei in Odessa ein Werk zur Reparatur und Modernisierung von Kriegsschiffen außer Betrieb gesetzt worden.

Konaschenkow berichtete weiter über einen Angriff auf Stellungen der ukrainischen Armee in der Nähe der Ortschaft Werchnekamenskoje auf dem Territorium der Volksrepublik Donezk. Dabei seien mehr als 70 Prozent des Personals zweier ukrainischer Bataillone getötet worden. Bei einem Schlag gegen Munitionslager in der Stadt Nikolajew seien mindestens 50 ukrainische Armeeeingetötete sowie mehr als 3.000 Geschosse und zehn Panzerfahrzeuge zerstört worden. Darüber hinaus habe die russische Armee neun Kommandopunkte, sieben Munitions- und Treibstofflager, zwei Haubitzen vom Typ M777 und eine Anlage zur elektronischen Kampfführung getroffen. Die russische Flugabwehr habe in den vergangenen 24 Stunden im Himmel über den Gebieten Charkow und Saporoschje sowie über Donezk fünf ukrainische Drohnen abgeschossen. Außerdem seien zehn Uragan- und HIMARS-Geschosse abgefangen worden, so Konaschenkow.

Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums habe die Ukraine seit dem Beginn der Sonderoperation am 24. Februar insgesamt 260 Flugzeuge, 144 Hubschrauber, 1.605 Drohnen, 357 Flugabwehrraketensysteme, 4.156 Panzer und andere Panzerfahrzeuge, 763 Mehrfachraketenwerfer sowie 3196 Geschütze und Mörser verloren.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62dd1fd7b480cc397b1292b8.jpg>

13:55 (12:55) novorosinform.org: **Das Pentagon hat über die Richtung der Gegenoffensive der Streitkräfte der Ukraine entschieden – Insider**

Der Generalstab der Streitkräfte der Ukraine entschied mit Unterstützung des Pentagons über die Richtung der Gegenoffensive, nachdem er alle möglichen Szenarien in dem militärischen Konflikt analysiert hatte. Dies berichtet der Telegram-Kanal „Resident“ unter Berufung auf eine Quelle im Büro des Präsidenten der Ukraine.

„Der Generalstab hat zusammen mit dem Pentagon alle möglichen Szenarien für Gegenoffensiven in drei Richtungen analysiert und ist zu dem Schluss gekommen, dass der Süden der Ukraine – Cherson – optimal für die Streitkräfte der Ukraine wäre“, sagte der Insider.

Andere Bereiche erwiesen sich als schwieriger. In der Region Charkow gebe es zu viele Wälder und die russische Grenze ist in der Nähe, was ukrainische Militante zusätzlich in Schwierigkeiten bringe.

Eine andere Richtung - Energodar - werde aufgrund der ausgedehnten Steppen, die während

der Offensive vollständig von der russischen Luftfahrt kontrolliert werden, ebenfalls als aussichtslos angesehen.

„Das politische Einflusszentrum glaubt, dass der symbolische Beginn der Befreiung der Ukraine mit dem Schachzug von Cherson beginnen sollte, der den Westen davon überzeugen werde, dass die Streitkräfte der Ukraine nicht nur in der Lage sind, sich zu verteidigen, sondern auch anzugreifen“, schreibt der „Resident“.



https://novorosinform.org/content/images/94/40/49440_720x405.jpg

13:11 de.rt.com: **Göring-Eckardt offen für direkte Panzer-Lieferungen in die Ukraine**

Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Die Grünen) hat die Bundesregierung aufgefordert, nach neuen Wegen für die Unterstützung der Ukraine mit Waffen zu suchen, und hat sich offen für direkte Panzerlieferungen aus Deutschland ausgesprochen. Die Grünen-Politikerin reagierte damit auf Probleme beim sogenannten Ringtausch. Dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND) sagte Göring-Eckardt: "Der Ringtausch funktioniert nicht wie geplant. Alternativen gehören auf den Tisch. Etwa, direkt Waffen zu liefern, wenn wir das können. Das zu klären, ist die Aufgabe der Bundesregierung in den nächsten Tagen."

Sie wäre auch für direkte Panzerlieferungen, wenn das schneller ginge, sagte die Bundestagsvizepräsidentin. Deutschlands Rolle bestehe jetzt vor allem darin, "eine ausreichende Unterstützung der Ukraine mit Waffen zu organisieren". Die müssten auch tatsächlich ankommen.

Die Bundesregierung hatte bereits vor Monaten begonnen, Panzer-Lieferungen in die Ukraine per Ringtausch zu organisieren. Erste Gespräche mit Slowenien dazu wurden im April bekannt. Auch mit Tschechien, der Slowakei, Griechenland und Polen verhandelte die Bundesregierung. Die polnische Regierung, die bereits mehr als 200 Stück T-72-Kampfpanzer sowjetischer Bauart an die Ukraine geliefert hatte, kritisierte das Kompensationsangebot der Bundesregierung in den vergangenen Tagen scharf.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62dd238f48fbef094052ccd8.jpg>

13:48 de.rt.com: Ukrainischer Polizeichef Klimenko: Über 1.000 Strafverfahren wegen Kollaboration seit Kriegsbeginn

Der Chef der ukrainischen Nationalpolizei, Igor Klimenko, hat am Sonntag auf Facebook [mitgeteilt](#), dass in der Ukraine seit dem Kriegsbeginn Ende Februar mehr als 1.530 Menschen wegen Sabotagetätigkeiten festgenommen worden wären. In den letzten fünf Monaten seien mehr als 1.000 Strafverfahren wegen Kollaboration angestrengt worden. 174 Personen seien inzwischen angeklagt worden.

14:29 de.rt.com: LVR meldet Schäden in Krasny Lutsch durch ukrainischen Angriff mit HIMARS-Raketenwerfern

Die Volksrepublik Lugansk hat nach einem ukrainischen Angriff mehrere Schäden an der Infrastruktur in Krasny Lutsch [gemeldet](#). Demnach sei die Stadt in der Nacht zum Sonntag mit HIMARS-Artillerieraketen beschossen worden. Den Angaben zufolge wurden sieben Wohnhäuser, eine Apotheke und ein Markt beschädigt. Außerdem sei ein Hotel zerstört worden.

Die örtlichen Behörden berichteten darüber hinaus von mindestens drei Verletzten. Einer der Einwohner schwebte in Lebensgefahr und werde auf der Intensivstation behandelt. Auf das Zentrum der Stadt seien sechs Geschosse abgefeuert worden.



<https://pbs.twimg.com/media/FYbeZFqWYAc5C29?format=jpg&name=360x360>

15:09 de.rt.com: Wegen Kauf von Drohnen: Estland verurteilt russischen Fernfahrer zu

Gefängnis

Estland warf einem Fernfahrer mit russischer und estnischer Staatsbürgerschaft vor, im freien Handel erhältliche Drohnen gekauft zu haben, um damit russische Luftlandetruppen zu unterstützen. Zwei weitere Fernfahrer wurden zudem für schuldig befunden, Geld für diesen Kauf der Drohnen gespendet zu haben.

Ein russischer Fernfahrer wurde am vergangenen Freitag von einem estnischen Gericht zu einer Haftstrafe von einem Jahr verurteilt, weil er die sogenannte "russische Aggression" in der Ukraine unterstützt hatte. Wladimir Schilow sammelte Geld, um drei kleine Quadrokopter zu kaufen, die er russischen Fallschirmtruppen übergeben wollte, so die Anklage der Staatsanwaltschaft des baltischen Staates. Zwei weitere Männer wurden ebenfalls verurteilt, weil sie Geld zum Crowdfunding von Schilow gespendet hatten.

Ein Gericht im nördlichen [Landkreis Harju](#) verurteilte Schilow zu vier Monaten Gefängnis und setzte die restlichen acht Monate zur Bewährung aus, sofern er in den nächsten vier Jahren nicht erneut gegen ein Gesetz verstößt. Außerdem verurteilte das Gericht den Angeklagten zur Übernahme der Gerichtskosten in der Höhe von über 1.600 Euro.

Staatsanwältin Melinda Ulend beschuldigte Schilow, gegen Artikel 91-1 des estnischen Strafgesetzbuchs verstoßen zu haben, indem er "für Kampfhandlungen benötigte Ausrüstung" gekauft und damit "eine Aggression" unterstützt sowie Gelder für das russische Militär gesammelt habe. Die gesetzliche Höchststrafe für dieses Vergehen beträgt in Estland fünf Jahre Gefängnis.

Die estnische Staatsanwältin warf Schilow vor, sein eigenes Geld sowie Gelder aus einer Online-Spendenaktion dafür verwendet zu haben, um drei kleine Drohnen zu kaufen – mit der Absicht, diese nach Russland zu transportieren. Der Fernfahrer wurde jedoch am 28. Mai am Grenzübergang Koidula festgenommen. Die estnische Kriminalpolizei wollte nicht sagen, ob ihr Haftbefehl auf einem [Foto](#) beruhte, das Schilow im russischen sozialen Netzwerk VK gepostet hatte und welches die Drohnen in der Fahrerkabine seines Lastwagens zeigt.

Der Social-Media-Kanal des 43-jährigen Schilow enthält auch Stellungnahmen der Unterstützung der russischen Militäroperation in der Ukraine sowie ein Foto von ihm in einem T-Shirt mit der Aufschrift "Ich bin Russe", ebenso Videos, die ihn an verschiedenen Orten in der russischen Region Pskow zeigen, wo er seinen ständigen Wohnsitz hat. Schilow ist Doppelstaatsbürger und hat sowohl die russische als auch die estnische Staatsbürgerschaft. Zwei weitere Fernfahrer, Ilja und Ruslan Golembowski, wurden für schuldig befunden, Geld an Schilow gespendet zu haben. Sie wurden zu fünf Monaten Haft auf Bewährung und zur Zahlung der Gerichtskosten von jeweils rund 1.200 Euro verurteilt. Die Staatsanwaltschaft befand, dass Schilow und seine beiden Verbündeten versucht hätten, die Drohnen ins russische Pskow zu schmuggeln, wo zufällig eines der Hauptquartiere der russischen Elite-Luftlandetruppen liegt.

Es gibt mehrere Gruppen im russischen Sozialnetzwerk VK, die aus Pskow stammen und die Crowdfunding für kommerziell erhältliche Drohnen betreiben, die dann an das russische Militär gespendet werden. Eine dieser Gruppe besteht aus Anhängern der 76.

Luftangriffsdivision, aber die Administratoren der Gruppe sagten gegenüber der russischen Zeitung Kommersant, dass Schilow keinerlei Verbindungen zu ihnen habe.

Die frühere Sowjetrepublik Estland, heute Mitglied sowohl der EU als auch der NATO, hat rund 1,3 Millionen Einwohner, von denen fast ein Viertel ethnische Russen sind. Die Regierung in Tallinn hatte kürzlich beschlossen, den Russischunterricht in Grundschulen gänzlich abzuschaffen. Meinungsverschiedenheiten darüber, wie dies umgesetzt werden soll, führten zum Sturz der Regierungskoalition und zum Rücktritt von Ministerpräsidentin [Kaja Kallas](#), die als eine ausgesprochene Unterstützerin der Ukraine gilt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62dd2c8eb480cc3a9b585854.jpg>

15:30 de.rt.com: **Regierung der Russischen Föderation erweitert die Liste der "unfreundlichen Länder"**

Wie der Pressedienst der russischen Regierung am Sonntag mitteilte, hat die Russische Föderation die Liste der Länder und Gebiete erweitert, die dem Land, seinen Bürgern und Unternehmen gegenüber unfreundliche Handlungen vornehmen. Neu aufgenommen wurden die der britischen Krone unterstellten Inseln Guernsey und Maine sowie der Karibikstaat Bahamas.

Der Liste gehören derzeit unter anderem fast alle europäischen Staaten, die USA, Kanada und Japan an. Der Handel und der Geschäftsverkehr mit den in die Liste aufgenommenen Ländern unterliegt einem besonderen Regime und zahlreichen Beschränkungen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62dd498c48fbef15196cea5a.jpg>

Insel Eleuthera, Bahamas

16:40 de.rt.com: **Mann in Cherson für das Versenden von Kapitulationsaufforderungen an russische Militärangehörige festgenommen**

Die Strafverfolgungsbehörden haben im russisch kontrollierten Cherson einen Mann namens Dmitrij Sacharow festgenommen, der inzwischen eingeräumt hat, Spam-Nachrichten an russische Soldaten verschickt zu haben, in denen er sie auffordert, sich zu ergeben.

"Ich war am Fang und Verkauf von Meeresfrüchten beteiligt, ein Teil dieses Fangs war illegal und wurde von einem SBU-Beamten vertuscht. Nachdem Russland die Militäroperation in der Ukraine begonnen hatte, erzählte ich meinem Führungsoffizier Ruslan, dass ich ein Computerprogramm habe, mit dem ich Werbung an meine Kunden verschicke. Ich schlug ihm vor, über dieses Programm Nachrichten an russische Militärangehörige zu verschicken. Er

schickte mir (als Vorlage) eine SMS mit dem Text: 'Russischer Soldat, ergib dich, denk an deine Familie, wir werden dir helfen, lebendig zurückzukommen.' Danach schickte er mir 500 Nummern russischer Soldaten, und ich schickte die SMS-Vorlage an diese Nummern", erläuterte Sacharow am Sonntag gegenüber Journalisten der russischen Nachrichtenagentur TASS.

Er fügte hinzu, dass die Bewohner der befreiten Gebiete sich von SBU-Offizieren nicht zu solchen und anderen Taten anstiften lassen sollten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62dd4c40b480cc305e5797d1.jpg>

16:40 de.rt.com: **Brücke in Nowaja Kachowka - Am Morgen beschädigt, am Mittag repariert**

Die zum Komplex eines Wasserkraftwerkes und Staudammes gehörende Brücke über den Dnepr in Nowaja Kachowka wird nahezu täglich von der ukrainischen Artillerie unter Beschuss genommen - so auch am Sonntagmorgen. Der Beschuss, der nach Meldungen örtlicher Berichterstatter mit HIMARS-Raketen verübt wurde, führte zu Beschädigungen an der Brücke, unter anderem in Form mehrerer Durchbrüche im Brückenkörper.

Bereits Sonntagmittag beobachtete der vor Ort anwesende russische Kriegsberichterstatter Reparaturarbeiten an der Brücke: Die Durchbrüche sind inzwischen mit Beton verfüllt und die Straßendecke darüber wird wiederhergestellt.

Der Politiker Oleg Zarjow [kommentiert](#) diese Bilder auf seinem Telegram-Kanal mit den Worten:

"Sehr richtig! Die Durchbrüche müssen (wenn nötig) jeden Tag verfüllt werden. Die Bewehrung muss geschweißt und dann mit Beton ausgegossen werden. Wenn es richtig gemacht wird, wird die Tragfähigkeit der Brücke nicht abnehmen. Ein halber Betonwürfel und ein paar Armierungseisen kosten weniger als eine HIMARS-Rakete."



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/Pxump9bo_EXaG8N5u--JwXcKFj3PZGikw3CySdfqBU_PqIO1xUnoHfMK4uTWeCQyW_j-8CaSEFkVzA3Ytos4ZloGQc5o2Yzr_kvPhXAcbiPZtDV5x-fluEnG75B14xmrqwkb0hkrqyQa69Bd7UbEwJDYqF5g3kPJ4MRJtAEC_xwOk-ECwt5ZcHEyexVGyEJwDEg3xo7pUj633UY4vP60Opd7Xo83SzYSiUp6-jJ1jsZ2zwrKoe6dLkq_UNeAzEuik6uQcfYCIz5PI6sLe5pZ9eqfYz8Q1HiiP17EmRvkrAbv4ENng-6Nn92HAP76F7dMucowXK0cNvB_-TeB73g.jpg

16:55 de.rt.com: **Ukrainische Kämpfer feuern sechs weitere Minen auf den Donezker Stadtteil Petrowskij**

Ukrainische Truppen beschossen am Sonntag erneut den Stadtteil Petrowskij der Republikhauptstadt Donezk und feuerten sechs 120-mm-Mörser ab, wie die DNR-Vertretung beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung der Waffenruhe mitteilte.

"(Die Beobachter) fixierten um 16.38 Uhr örtlicher Zeit Beschuss seitens der ukrainischen bewaffneten Formationen aus Richtung 'Pobeda-Siedlung' in Richtung 'Donezk-Stadt (Petrowskij-Bezirk)'. Dabei wurden sechs Minen des Kalibers 120 Millimeter abgefeuert", meldete das Büro auf seinem Telegram-Kanal.

Es wird auch berichtet, dass ukrainische Truppen um 16.47 Uhr vier 122-mm-Granaten auf die Stadt Jassinowataja abfeuerten.

Bereits am Sonntagmorgen hatte die Beobachtermission mehrfachen Beschuss des Petrowskij-Stadtbezirks verzeichnet. Der westlichste Stadtbezirk von Donezk leidet seit 2014 unter regulärem Beschuss durch die ukrainischen Truppen.

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung des DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 24. Juli 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

In 62 befreiten Ortschaften wurden Renten ausgezahlt.

Mehr als 5500 Menschen wandten sich an die Einrichtungen des Gesundheitswesens. Im

Lewobereshnaja-Teil von Mariupol war eine mobile Apotheke in Betrieb.

Kommunikationstechniker haben Basisstationen mit 5G-Standard in Mirnoje, Tscherwonoje, Melekino, Belosarajskaja Kossa, Chlebodarowka, Startschenkowo, Nowokrasnowka, Saltoustowka, Malojanisol, Perwomajskoje und Komsomolskoje in Betrieb genommen. In Mariupol, Wolnowacha und Wolodarskoje werden Wiederaufbauarbeiten an Faseroptikkabeln durchgeführt.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 12 Hektar Territorium und 25.000 Quadratmeter Gebäude untersucht und 83 explosive Objekte entschärft.

Wir erinnern daran, dass einige Ortschaften der Donezker Volksrepublik mit explosiven Objekten übersät sind.

So haben die bewaffneten Formationen der Ukraine Antipersonenminen „Lepestok“ auf dem Gebiet von Jassinwowataja und Luganskoje abgeworfen. Zurzeit ergreifen Spezialdienste der DVR alle notwendigen Maßnahmen zur Minenräumung.

Seien Sie aufmerksam und vorsichtig! Bei der Entdeckung von explosiven Objekten rufen sie das Zivilschutzministerium und die Polizei an.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:11 de.rt.com: **Die ukrainische "Internationale Legion" leidet unter einem Mangel an Söldnern**

Als Gründe für den Rückgang von Neuzugängen an ausländischen Söldnern sieht Kiew die angeblich schwindende Aufmerksamkeit internationaler Medien für diesen Krieg sowie die Wirkung "russischer Desinformation".

Laut einem Sprecher der ukrainischen "Internationalen Legion", [Damien Magrou](#), der mit dem amerikanischen Sender [NBC](#) über die Herausforderungen sprach, denen ausländische Kämpfer im Konflikts zwischen Kiew und Moskau an den Fronten gegenüberstehen, leidet die Legion derzeit an einem Mangel an ausländischen Söldnern.

In einem am Donnerstag veröffentlichten Artikel sagte der niederländische Anwalt, der derzeit als Unteroffizier in der Legion dient, dass "die Zahl der Neuzugänge im Laufe der letzten Monate kontinuierlich zurückgegangen ist, was nicht sehr überraschend ist, angesichts dessen, dass die Aufmerksamkeit der westlichen Medien sich woanders hin verlagert hat und die motiviertesten Kämpfer ihre Entscheidung bereits zu Beginn des Konflikts getroffen haben".

Magrou fügte hinzu, dass die Rekrutierung und die Aufrufe für die Beschaffung von Ausrüstung durch "russische Desinformation" negativ beeinflusst wurden und dass die Legion Möglichkeiten erkundet, um ihre Bemühungen bei der Rekrutierung zu erweitern.

NBC sprach auch mit mehreren Söldnern, die derzeit in der Legion dienen und die von ihren Erfahrungen im Kampf an der Seite der ukrainischen Streitkräfte berichteten. Viele der ausländischen Kämpfer stellten fest, dass Versorgungsengpässe, Verzögerungen beim Erhalt von Waffen aus dem Westen und die Frustration über die Kommunikation innerhalb der Einheiten nach Monaten des Krieges "ihre Kampfmoral herausgefordert" habe. Andere beklagten sich darüber, dass Strategien zu Gegenoffensiven oft von altgedienten ukrainischen Kommandeuren untergraben würden, die darauf bestehen, an veralteten Taktiken festzuhalten. Auch die unablässigen Bombardierungen durch russische Artillerie würden die Kampfmoral stark untergraben, berichteten einige der Söldner. Ein Amerikaner, der auf der Seite der Ukraine kämpft und über Kampferfahrung im Nahen Osten verfügt, beschrieb den konstanten russischen Beschuss als etwas "das der Hölle am nächsten kommt". Die Beliebigkeit der russischen Artillerieangriffe, ruft bei einigen Söldnern das Gefühl hervor, dass ihr Überleben vom individuellen Glück abhängt, berichtete der Nachrichtensender weiter.

Eine weitere Gruppe ausländischer Soldaten, die an der Seite der Kiewer Streitkräfte kämpfen, sagte gegenüber NBC, dass "die Zahl der Kämpfer, die frustriert sind und eine niedrige Kampfmoral aufweisen, zugenommen hat, was teilweise an der Art und Weise liegt, wie die Russen den Kampf führen". Kiew selbst schätzt, dass die ukrainische Seite an den am heftigsten umkämpften Frontabschnitten täglich 100 bis 200 Gefallene zu beklagen hat. Die schweren Verluste haben Berichten zufolge die Moral in den Reihen der "Internationalen Legion" sowie in den anderen, regulären Einheiten der ukrainischen Armee untergraben. Laut NBC werden ausländische Kämpfer zusätzlich dadurch abgeschreckt, dass Russland alle gefangen genommenen nicht-ukrainischen Kämpfer als Söldner behandelt und nicht als feindliche Kombattanten gemäß der Genfer Konvention. Nachdem die Volksrepublik Donezk Todesurteile verhängte – gegen drei ausländische Söldner, die an der Front im Donbass gefangen genommen wurden –, beteuern nun einige ausländische Kämpfer in der Ukraine, dass sie den Tod einer Gefangennahme vorziehen würden. Von den verhängten Todesurteilen ist jedoch bisher noch keines vollstreckt worden, da alle bisher Verurteilten ihr Recht auf Berufung vor Gericht in Anspruch genommen haben.

Ein weiterer Söldner, ein Veteran der US-Armee, sagte gegenüber NBC, dass er immer eine Handgranate bei sich trägt, die er zünden werde, falls er jemals in Gefahr kommen sollte, gefangen genommen zu werden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62dd1026b480cc38353fca2f.jpg>

17:20 de.rt.com: **Serbischer Innenminister beschwert sich über Drohungen ausländischer Geheimdienste wegen seiner Haltung zu Russland**

Der serbische Innenminister Aleksandar Vulin hat erklärt, dass einer der größten Geheimdienste der Welt in Kürze eine Diskreditierungskampagne starten wird, um zu verhindern, dass er Teil der nächsten Regierung des Landes wird. Als Grund hierfür vermutet Vulin seine Haltung zu Russland und China.

Infolge der Parlamentswahlen vom 3. April wird in Serbien demnächst ein neues Kabinett gebildet werden. Die "Bewegung der Sozialisten" des Innenministers ist ein langjähriger Koalitionspartner der Serbischen Fortschrittspartei von Präsident Aleksandar Vučić, aber die Aufnahme von Vulin in die neue Regierung ist noch nicht offiziell bestätigt worden.

Bei den Parlamentswahlen am 3. April erhielt die Partei von Vučić, SNS, 43 Prozent der Wählerstimmen. Die Sozialistische Partei Serbiens erzielte 11,5 Prozent. Die oppositionelle Koalition "Vereinigtes Serbien" kam auf 13,5 Prozent der Stimmen, das ebenfalls oppositionelle Bündnis "Moramo" ("Wir müssen") auf etwa 4,5 Prozent. Auch zwei rechtsextreme Parteien sowie Parteien ethnischer Minderheiten zogen ins Parlament ein.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62dd5c5248fbef15196cea6a.jpg>

Aleksandar Vulin (li.) beim Gedenken an das NATO-Bombardement der Chinesischen Botschaft in Belgrad (7. Mai 2022)

abends:

18:00 de.rt.com: **Lawrow: Transport von ukrainischem Getreide wird abgesichert**

Russlands Außenminister Sergei Lawrow hat bekräftigt, dass die internationale Einigung über die Ausfuhr ukrainischen Getreides über das Schwarze Meer gültig ist. Die Passage entlang eines Seekorridors solle von einem internationalen Kontrollzentrum in Istanbul überwacht werden, sagte Lawrow am Sonntag bei einem Besuch in der ägyptischen Hauptstadt Kairo. Russische und türkische Streitkräfte würden gemeinsam auf dem offenen Meer für die Sicherheit der Schiffe sorgen, so der Außenminister. Wenn die Schiffe in Richtung der ukrainischen Häfen fahren, um neue Lebensmittelladungen aufzunehmen, wird eine Kontrolle gewährleistet, dass niemand Waffen in die Ukraine bringt.

Moskau beklagt, dass die von der EU verhängten Sanktionen mit ihrer Strahlkraft inzwischen den Export bremsen, obwohl Lebensmittel nicht direkt betroffen sind. Der Westen habe es selbst in der Hand, die durch hohe Preise aufgeheizte Lage auf dem Lebensmittelmarkt zu entspannen. Dazu müssten etwa die Sanktionen aufgehoben werden, die Russlands Export von Getreide und Düngemittel behinderten, sagte Lawrow.

19:30 (18:30) Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Bericht des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 24.07.2022 um 19.30 Uhr**

Am heutigen Tag feuerte der Feind nach Angaben des GZKK der DVR mehr als **300 Granaten** aus Grad-Mehrfachstartraketensystemen, Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122 mm und 120-mm-Mörsern **ab**.

Das Feuer wurde auf die Gebiete von **10 Ortschaften** der Republik eröffnet. Infolge des Beschusses wurde **ein Zivilist verletzt**. Vier Wohngebäude und drei zivile Infrastruktureinrichtungen wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und die Schäden an der Infrastruktur werden noch ermittelt.

Wir bedauern, Ihnen mitteilen zu müssen, dass während der Ausübung des Militärdienstes im Kampf um die Unabhängigkeit **ein Verteidiger der Volksrepublik Donezk getötet und drei verletzt** wurden.

Wir sprechen den Familien und Freunden der Opfer unser aufrichtiges Beileid aus.

18:40 de.rt.com: **Die Vorbereitungen der Referenden in der Südukraine gehen weiter: Wahlkommissionen gebildet**

Die Chefs der militärisch-zivilen Verwaltungen der Regionen Saporoschje und Cherson haben Dekrete zur Einsetzung von Wahlkommissionen für die Durchführung eines Referendums über den Beitritt zu Russland unterzeichnet, teilte am Sonntag Wladimir Rogow, Mitglied der provisorischen Verwaltung der Region Saporoschje, mit.

Über die Durchführung von Abstimmungen über den Beitritt zu Russland in den beiden südukrainischen Regionen wird seit Anfang Juni debattiert. Ein konkretes Datum steht noch nicht fest - auch hat das offizielle Moskau sich bislang nicht dazu geäußert.

19:15 de.rt.com: **Lawrow: Russland wird den Ukrainern helfen, das volksfeindliche Regime loszuwerden**

Russland wird dem ukrainischen Volk auf jeden Fall helfen, das volksfeindliche Regime loszuwerden - das russische und das ukrainische Volk werden weiterhin zusammenleben, sagte der russische Außenminister Sergei Lawrow am Sonntag in Kairo.

"Wir haben Mitleid mit dem ukrainischen Volk, das etwas viel Besseres verdient hat. Wir bedauern die ukrainische Geschichte, die vor unseren Augen zerbröckelt, und wir bedauern diejenigen, die der Staatspropaganda des Kiewer Regimes und derjenigen, die es unterstützen, erlegen sind, um die Ukraine zu einem ewigen Feind Russlands zu machen", sagte Lawrow während eines Treffens mit Gesandten der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga.

"Das russische und das ukrainische Volk werden weiterhin zusammenleben. Wir werden dem ukrainischen Volk auf jeden Fall dabei helfen, sich von einem Regime zu befreien, das absolut volksfeindlich und geschichtsfeindlich ist", fügte der Minister hinzu.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62dd7d48b480cc579129eba9.jpg>

Sergei Lawrow während seiner Rede vor der Arabischen Liga in Kairo (24.07.22)